

---

## 4. Sitzung Lösungsfindungsgruppe - Beschlossenes Protokoll

Datum: 15. März 2010  
Uhrzeit: 16.15 – 21.45 Uhr  
Ort: WSA Berlin  
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen  
Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Dr. Ernst, Frau Bodenmeier, Herr Heier

WSD Ost: Frau Bugner

BI/Verein „Bäume am Landwehrkanal“ bzw. Anwohner/innen: Herr Appel, Frau Dorbert, Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Herr Dohna

Reeder: Herr Lehmann (für Stern und Kreis Schifffahrt GmbH)

### **Begrüßung**

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 4. Sitzung der Lösungsfindungsgruppe. Das WSA stellte den neuen Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Landwehrkanal, Herrn Marcel Heier, der bereits seit 2001 im WNA Berlin als Ingenieur arbeitete und am 01. März 2010 in die AG Landwehrkanal beim WSA Berlin eingestiegen ist.

### **Tagesordnung**

Die Tagesordnung umfasste drei Themenschwerpunkte, die jeweils durch Leitfragen näher skizziert wurden:

- *Besteht Konsens über in den letzten Sitzungen aufgeworfene Begriffe wie „Sicherungsvariante“, „Primärsanierungsvariante“ und „Endsanierungsvariante“? Wie weit können bzw. sollen Festlegungen der Gruppe bzw. des Forums dazu gehen? Welche Interessen und Bedürfnisse sind dabei jeweils zu beachten?*
- *Was wird bzw. welche Informationen werden noch benötigt, damit die Gruppe bzw. das Forum zu solch weitreichenden Verabredungen kommen kann?*
- *Insgesamt wird es u.a. insbesondere darum gehen, Transparenz herzustellen über die Vorgehensweise und konkrete nächste Schritte: Reden alle über dasselbe, wenn von „90%-Lösungen“ gesprochen wird? Hat der / die Einzelne dann eine bestimmte festgelegte Variante im Sinn oder eher eine Sicherung der Uferwand? Welche Schritte sind von wem in welchen Zeiträumen zu tun? Wie sehen erste Schritte aus? Was wären weitere Schritte und was muss ggf. noch offen bleiben um noch Handlungsspielräume zu haben? Welche Interessen und Bedürfnisse spielen in diesem Zusammenhang für die Beteiligten welche wichtige Rolle?*

Die Mediatoren erläuterten, dass sie diese Themen in den letzten Sitzungen, insbesondere in der 21. Forumssitzung (Teil 1) und den Lösungsfindungsgruppen „Gutachten und Planwerke“, herausgehört hätten. In den Sitzungen sei spürbar gewesen, dass die Teilnehmer/innen voller Energie seien, nun den Kanal im Ganzen anzugehen.

## Aktuelles

Bevor die Teilnehmer/innen in die Bearbeitung dieser Themen einsteigen konnten, brachte Frau Dr. Ernst ein aktuelles Thema ein, das zuerst besprochen werden sollte:

Frau Dr. Ernst berichtete, dass eine Email von Frau Kleimeier, die am heutigen Vormittag bei ihr eingegangen sei, große Irritation bei ihr ausgelöst habe. Sie führte dazu aus, dass am heutigen Montag von ihr geplant gewesen sei, die Ausschreibung des Baumkatasters auf den Weg zu bringen. Aufgrund der Email von Frau Kleimeier ihr sei dies allerdings leider noch nicht möglich gewesen.

Herr Appel nahm Bezug auf die bezüglich der von Frau Dr. Ernst erbetenen Rückmeldung gesetzte Frist und kritisierte, dass diese für ihn zu kurz gewesen sei.

Um zunächst für alle Sitzungsteilnehmer/innen Transparenz darüber herzustellen, worum es genau gehe, erläuterte Frau Dr. Ernst den bisherigen Verlauf des Abstimmungsprozesses über die Beauftragung des Baumkatasters und der Bestandsaufnahme und –bewertung:

Am 25. Januar 2010 sei die Bildung von zwei Arbeitsteams angeregt und Teilnehmer/innen hierfür vorgeschlagen worden. Anschließend sei am 16. Februar 2010 dieser Vorschlag im Mediationsforum besprochen und die Zusammensetzung der Teams abgestimmt worden. Das Team, das die Vergabe der Bestandsaufnahme und –bewertung vorbereite, habe am 9. März 2010 intensiv gemeinsam dazu gearbeitet. Das andere Team, das die Vergabe des Baukatasters vorbereitet habe, habe am 10. März 2010 eine weitere Abstimmungsrunde per Email benötigt; die Frist für die Rückläufe dazu habe am Freitag, den 12. März 2010 zu laufen begonnen und sei am heutigen Montag, den 15. März 2010 um 16.00 Uhr, abgelaufen. Hausintern habe sie für die Ausschreibung des Baumkatasters alles vorbereitet, berichtete Frau Dr. Ernst, auch die erforderliche Unterschrift des Amtsleiters, Herrn Scholz, habe sie heute bereits eingeholt. Das Verfahren habe aufgrund der Email von Frau Kleimeier dann allerdings gestoppt werden müssen, da Frau Dr. Ernst der Ansicht sei, dass diese Email, die u.a. auch an die Mediatoren gegangen sei, die im Arbeitsteam vereinbarte Vertraulichkeit verletzt habe. Damit sei nicht sicher, ob eine Vergabe in der angedachten Form jetzt überhaupt noch möglich sei. Frau Dr. Ernst erläuterte zum besseren Verständnis, dass beispielsweise konkrete Fragen an die potenziellen Bieter/innen und auch die jeweilige Gewichtung dieser Fragen auf keinen Fall bekannt werden dürften, da sich Bieterfirmen dadurch unzulässige Vorteile verschaffen könnten.

Frau Kleimeier äußerte ihr Unverständnis für diese Auffassung. Sie erklärte, dass aus ihrer Sicht ohnehin zuerst ein Beschluss des Mediationsforums über die in den Arbeitsteams vorbereiteten Inhalte und Vorgehensweisen erfolgen müsste. Dies sei Kern der Verabredung im Mediationsverfahren und bisher auch immer so gehandhabt worden. Daher sei sie der Ansicht, dass das Baumkataster ohne diesen Beschluss sowieso noch nicht hätte beauftragt werden können.

Die Mediatoren erinnerten, dass im Mediationsforum auch verabredet worden sei, dass über die Ergebnisse der Arbeitsteams ein Protokoll gefertigt werden solle und den Forumsteilnehmern/innen gegenüber Transparenz hergestellt werden müsse. Dies sei bisher noch nicht erfolgt.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass aus ihrer Sicht Vergabeverfahren eigentlich grundsätzlich WSA-intern vorbereitet und entschieden würden. Sie führte aus, dass es vielmehr ein Entgegenkommen des WSA den Forumsteilnehmern/innen gegenüber sei, aus deren Kreise ein Expertenteam an diesem ansonsten intern verlaufenden Prozess zu beteiligen. Sie erläuterte, dass Aufgabeninhalte der beabsichtigten Vergaben veröffentlicht werden könnten, keinesfalls aber Auftragskriterien und deren Gewichtung. Frau Dr. Ernst gab außerdem zu bedenken, dass sie die Gefahr sehe, dass die von ihr geplante Zeitschiene sich erheblich verlängern würde, wenn zuerst die Zustimmung des Forums eingeholt werden müsse. Das habe sie bisher nicht so verstanden.

---

Die Mediatoren klärten, dass sich der Diskussionsbedarf auf zwei zu unterscheidende Themen beziehe:

- Vertraulichkeit der Gesprächsinhalte der Arbeitsteams in Bezug auf Vergabekriterien und deren Gewichtung
- Transparenz der Gesprächsinhalte der Arbeitsteams für das Forum vor Ausschreibung und Vergabe sowie Beschluss des Forums über die in den Arbeitsteams vorbereiteten Verabredungen.

Vertraulichkeit: Da alle Personen, die anwesend seien, die die Email von Frau Kleimeier erhalten haben, schlugen die Mediatoren vor, die Frage der Vertraulichkeit sogleich zu klären. Frau Dr. Ernst bat die Betroffenen, zu versichern, dass sie die sensiblen Informationen vertraulich behandeln würden. Das sicherten alle Beteiligte und Betroffene zu. Dieser Personenkreis führte in diesem Zusammenhang aus, dass über den Punkt „Vertraulichkeit in Bezug auf Vergabekriterien und deren Gewichtung“ sowieso Konsens bestehen würde.

Transparenz: Die Mediatoren erklärten, dass für die Herbeiführung von Forumsbeschlüssen nicht immer eine Sitzung einberufen werden müsse. Es seien auch schon Beschlüsse im Umlaufverfahren per Email gefasst worden. Wenn dies hinreichend begründet sei, z.B. durch eine besondere Dringlichkeit, wäre dies ein gangbarer Weg, der auch relativ schnell erfolgen könne.

Die Diskussion zu diesem Punkt zeigte, dass es den Teilnehmer/innen vor allem darum ging, Transparenz herzustellen und dergestalt eine Verlässlichkeit zu sichern, dass die letztliche Entscheidungsgewalt beim Forum verbleiben würde. Zur Herstellung der erforderlichen Transparenz über die Zusammenkünfte der Arbeitsteams sei auch wichtig, darzustellen, welche Personen letztlich bei der jeweiligen Ausarbeitung beteiligt gewesen seien. Inhaltlich erwarte keiner große Veränderungswünsche durch das Forum. Hier gehe es zentral darum, Irritationen durch schnelle Beschlüsse einzelner zu vermeiden. Viele Teilnehmer/innen betonten, dass die Arbeitsteams vom Forum keine Generalvollmacht erhalten hätten. Das Forum habe die Teams eingesetzt, um qualitativ hochwertig und kompetent bestimmte Fragestellungen zu bearbeiten. Eine Rückkopplung zum Forum darüber würde erwartet und sei inzwischen auch selbstverständliche Praxis.

Die Mediatoren fragten die Beteiligten, ob außer einem befürchteten möglichen Zeitverlust noch etwas anders dagegen spräche, das Forum einzubeziehen.

Herr Dohna betonte, dass es sich bei der Frage der Herstellung von Transparenz aus seiner Sicht um einen substantiellen Punkt handele, der den Kern der Mediation berühre. Er sehe eine sehr große Gefahr darin, wenn sich abzeichnen würde, dass Diskussions- und vor allem Entscheidungsprozesse immer stärker außerhalb des Forums stattfänden und in intransparenter Weise in kleine Gruppen im stillen Kämmerlein verlagert würden. Das dürfe keinesfalls geschehen.

Frau Dr. Ernst äußerte Verständnis für die Sorgen der Teilnehmerinnen und betonte zugleich die besondere Bedeutung der Wahrung der Vertraulichkeit in Bezug auf sensible Informationen, um die es sich im Falle von Vergabekriterien handeln würde. Sie habe sich persönlich sehr engagiert für einen zügigen Fortgang der Ausschreibung und Vergabe und äußerte ihre Enttäuschung darüber, dass sie nun das Gefühl habe, dass der von ihr in bester Absicht eingeschlagene Weg so ausgebremst werde. Frau Dr. Ernst sicherte jedoch den Teilnehmern/innen zu, rasch ein Protokoll anzufertigen über die jeweiligen Arbeitsteam-Sitzungen. Diese werden zunächst innerhalb des jeweiligen Teilnehmer/innenkreises verteilt. Sobald das Protokoll durch die Teilnehmer/innen beschlossen wäre, werde es allen Forumsteilnehmer/innen zur Verfügung gestellt. Da sie selbst in der nächsten Woche, d.h. vom 22.-26. März 2010 nicht anwesend sei, werde dieser Fortgang voraussichtlich 2 Wochen länger dauern als geplant.

Herr Appel erinnerte an das diesem Ausschreibungs- und Vergabe-Vorgang ähnliche Verfahren der geplanten Planerbeauftragung zur zusätzlichen Variantenentwicklung, die im letzten Jahr 2009 stattge-

funden habe. Diesen Ablauf habe er positiv in Erinnerung. Frau Dr. Ernst stellte daraufhin fest, dass zwischenzeitlich doch viele Planer mit Leistungen für den Landwehrkanal beauftragt worden seien, ohne dieses Prozedere, das für Baumkataster und Bestandserfassung und –bewertung stattfinden solle. Herr Dohna antwortete, dass es sich hier um das zentrale Thema der Vorbereitung der UVS handele. Frau Voskamp ergänzte, dass für die Mediationsteilnehmer/innen ein Unterschied darin bestünde, um was es jeweils ginge bei der Beauftragung von Leistungen: handelt es sich eher um die Erstellung technischer Planungen oder um Evaluierungen oder handelt es sich wie hier um die Erstellung des Baumkatasters mit weitreichenden Folgen. Der Umgang mit Bäumen am Landwehrkanal habe den Konflikt um die Vorgehensweise bei Sicherung und Sanierung ausgelöst. Frau Voskamp warb um Verständnis bei Frau Dr. Ernst, dass die Teilnehmer/innen bei allen Themen und insbesondere bei beabsichtigten Beauftragungen hinsichtlich der Bäume sehr aufmerksam und sehr sensibilisiert seien für die jeweiligen Abläufe und diese daher nicht vergleichbar seien mit Abläufen bei anderen technischen Planungen. Herr Kessen ergänzte, dass nicht der Vertrag mit den Planern im Fokus stünde, sondern dass es vielmehr darum ginge, welche Anforderungen an Bestandserfassung und –bewertung sowie an das Baumkataster gestellt würden. Er erklärte, dass es in der Mediation keinen anderen Weg gäbe, damit umzugehen als diesen transparent zu gestalten.

Mit Hilfe von Frau Bodenmeier wurden die jetzt anstehenden Schritte gemeinsam formuliert:

- Erstellen eines Protokolls für die Teilnehmer/innen des Arbeitsteams - mit Formulierung der konkreten Aufgabenstellung und mit Auflistung der Vergabekriterien und deren Gewichtung;
- Versenden des internen Protokolls im Arbeitsteam;
- Rückmeldungen und Freigabe des Protokolls durch das Arbeitsteam (etwaige Einarbeitung und Freigabe von Änderungen);
- Weiterleitung der freigegebenen Fassung des Protokolls ohne Vergabekriterien und deren Gewichtung an die Forumsteilnehmer/innen mit Beschlussvorlage für die Weiterarbeit;
- Genehmigung der Beschlussvorlage im Email-Umlaufverfahren, Fristsetzung für die Beschlussfassung/Freigabe: eine Woche.

Frau Bugner schlug vor, für alle Entscheidungen des Mediationsforums im Umlaufverfahren eine einheitliche Frist einzuführen. Die Mediatoren entgegneten, dass es aus ihrer Sicht hilfreich sei, jeweils interessenorientiert vorzugehen und zu arbeiten. Sie nahmen wahr, dass jeder im Forum daran interessiert sei, zügig zu arbeiten. In besonders dringenden Fällen gäbe es nach den bisherigen Erfahrungen sowohl das Potenzial, etwas zeitlich zu straffen als auch die Bereitschaft dazu. Daher bestünde ihrer Ansicht nach keine Notwendigkeit, jetzt eine einheitliche Frist auf Dauer festzulegen. Die Teilnehmerinnen stimmten dem zu.

Die Gruppe kam darin überein, dass in dem Fall, dass Teilnehmer/innen keinerlei Rückmeldung während der Rückmeldefrist äußerten, dies als Freigabe gewertet werde.

Die Mediatoren fassten zusammen, dass den Teilnehmer/innen sowohl Schnelligkeit als auch Gründlichkeit gleichermaßen wichtig seien. Insgesamt gehe es allen Beteiligten darum, nichts Wichtiges zu vergessen und gleichzeitig alle Ressourcen des Forums zu nutzen.

Die Mediatoren hatten im Vorfeld der heutigen Sitzung, d.h. mit der Einladung, für alle Teilnehmer/innen zur Vorbereitung der heutigen Sitzung die Sitzungsprotokolle der bisherigen Lösungsfindungssitzungen 1, 2 und 3, die 2009 stattgefunden haben, nochmals verteilt. Frau Dr. Ernst, die zum Zeitpunkt des Stattfindens dieser Sitzungen noch nicht im WSA Berlin war, bedankte sich für den Versand und stellte heraus, dass sie daraus aktuell die Erkenntnis gewonnen habe, dass die Ergebnisse dieser Sitzungen im Jahr 2009 wegen der jeweils unterschiedlichen Zusammensetzung (z.B. mit/ohne BI, mit/ohne WSA) aus ihrer Sicht nur teilweise als gesicherte gemeinsame Ergebnisse zugrunde gelegt werden könnten für die nun anstehende Weiterarbeit in Lösungsfindungsgruppen im Jahr 2010.

---

## Variantenbetrachtung

### Besteht Konsens über in den letzten Sitzungen aufgeworfenen Begriffe wie „Sicherungsvariante“ / „Primärsanierungsvariante“ und „Endsanierungsvariante“?

Herr Kessen plädierte vor Einstieg in die Diskussion für eine Begriffsklärung, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass nicht über das gleiche geredet würde. Frau Voskamp verwies darauf, dass die aufgeworfenen Begriffe früher, d.h. in den bisherigen Sitzungen und Protokollen noch nicht auftauchen würden und es sich um Schöpfungen der letzten Sitzungen handele.

Frau Kleimeier erklärte, dass es für sie nur eine Unterscheidung gäbe: a) über Wasser und b) unter Wasser. Primärsanierungsvariante: Dies sei für sie die Grundkonstruktion aus wasserseitiger Spundwand - oder alternativ aus Bohrpfählen und befände sich u n t e r Wasser zur Sicherung der Konstruktion. Endsanierungsvariante: diese sei relevant für über Wasser, sei aber auch aus ihrer Sicht kein passender Begriff und sollte nicht mehr verwendet werden.

Frau Bugner fragte nach, ob und inwieweit man diese Typisierung auch den Sanierungsvarianten S1, S2 und S3 an Maybachufer/Kottbusser Brücke zuordnen könnte, um die Begriffe greifbarer zu machen. Daraufhin erklärte Frau Kleimeier, dass S1, S2 und S3 allesamt Sonderfälle seien. Oberstes Gebot sei für sie vor allem die behutsame Sanierung des Landwehrkanals, die jedwedes Anrühren der Bäume weitestgehend ausschliesse. Auf Grundlage dieser Vorbedingung sei zu überlegen, welche Primärsanierungsvarianten möglich seien, die zusätzlich auch die statischen Anforderungen und die Denkmalanforderungen erfüllten. Unter diesen Voraussetzungen sei die Einigung auf eine grundlegende Methode für 90% des Kanals aus ihrer Sicht denkbar.

Auf die Frage aus dem Teilnehmer/innenkreis, was denn die Bezeichnung „in situ“ bedeute, erläuterte Frau Kleimeier, dass es übersetzt „an der alten Stelle“ heiße und sich auf die Erhaltens-Anforderungen des Denkmalschutzes beziehe. Frau Bugner nahm Bezug auf Instandsetzungsmaßnahmen am Schiffbauerdamm, wo „in situ“ umgesetzt worden sei. Dort hätte das WSA die Standsicherheit unter den sich verändernden Verkehrslasten von 1850 bis heute untersucht. Dort seien u.a. auch 27 m lange vertikale Verpressanker eingebaut worden. Daraus abgeleitet sei für sie wichtig, sich auf unterschiedliche Rahmenbedingungen flexibel einzustellen, die nicht vernachlässigt werden dürften. Aus diesem Grund sei geplant, ein Oberflächenwasserabflussmodell zu erstellen. Aus den daraus sich ergebenden Erkenntnissen könne beispielweise abgeleitet werden, ob der Landwehrkanal an beiden Seiten verengt werden könne und was das ggf für Auswirkungen haben würde. Aus Sicht von Frau Bugner würde die Diskussion schon viel zu sehr im Detail geführt.

Herr Appel erklärte, er wolle nicht über Universallösungen sprechen, ihm ginge es vielmehr um eine Primärsanierungsvariante und eine darauf aufbauende behutsame Sanierung des Landwehrkanals, die vom Bestand ausgehe.

Auf Nachfrage von Herrn Heier erklärte Frau Kleimeier, dass ihnen als Interessenvertreter/innen der Bürger/innen und Anwohner/innen wichtig sei, dass eine klare Entscheidung getroffen werde: Sie bräuchten nämlich die Sicherheit, den nachfragenden Bürger/innen und Anwohner/innen guten Gewissens sagen zu können: „es werden keine Bäume gefällt!“.

Nach Auffassung von Frau Kleimeier könne der Begriff „Sicherungsvariante“ unterschiedlich ausgelegt werden und so könnte es passieren, dass dann womöglich in drei Jahren etwas ganz anderes gemacht würde als ursprünglich beabsichtigt. Wichtig sei, sich in der Arbeitsgruppe und dann im Forum jetzt auf eine Haupt- bzw. Primärvariante zu einigen, mit der u.a. festgelegt würde, dass die Hauptkonstruktion u n t e r Wasser liegen würde. Die konkrete Ausführung könne sich mit der jeweiligen Bauzeit und dem jeweiligen Bauabschnitt ändern - vielleicht gäbe es in zwei Jahren ja ein neues interessantes Verfahren. Aus ihrer Sicht gebe es noch Spielraum für die jeweilige Ausgestaltung der Variante/Methode.

---

Wichtig sei es ihnen als Vertreter/innen der Bürger/innen, die Sicherheit zu haben, diesen sagen zu können: so wird es gemacht!

Herr Appel ergänzte, dass es den Beteiligten dabei nicht allein um die Bäume am Landwehrkanal ginge, sondern z.B. auch um den Wasserkörper als Lebensraum. Die Mediatoren wiesen auf den Kriterienkatalog hin, in dem all die Punkte berücksichtigt sein müssten.

Viele Teilnehmer/innen stellten heraus, dass die Varianten unterschieden werden sollten in Varianten *u n t e r* und Varianten *ü b e r* Wasser. Mit der Festlegung *u n t e r* Wasser würde vorgegeben, was baulich passiere; außerdem würde mit Umsetzung einer Primärvariante das Bauwerk vor Einsturz gesichert sein. Durch die Einigung auf und Festlegung des Erscheinungsbildes gäbe es Spielraum für verschiedene Möglichkeiten. Manche Varianten legten die Ausführung auch *ü b e r* Wasser fest, andere nicht - so würde nur das festgelegt, was unbedingt notwendig sei. Herr Heier wandte ein, dass aus seiner Sicht durch eine Primärsanierungsvariante schon sehr viel festgelegt sei. Frau Kleimeier erklärte, dass deshalb das Ziel definiert werden sollte. Herr Appel fand es wichtig, bei der Begrifflichkeit der „Primärvariante“ zu bleiben, da in „Primär“ sowohl der zeitliche als auch der logische Aspekt enthalten sei. Frau Kleimeier regte an, statt Primärsanierungs *v a r i a n t e* von Primärsanierungs *m e t h o d e* zu reden.

Die Mediatoren fragten die Teilnehmer/innen mittels einer Skalenfrage, ob sie den Begriff „Primärvariante“ und das was damit gemeint sei, verstanden hätten. Es zeigte sich, dass nunmehr zwar weniger, doch immer noch vorhandenes Nicht-Verstehen im Raum war. Zudem wurde von einigen Teilnehmer/innen eingewandt, zwar verstanden zu haben, dies aber so nicht akzeptieren zu können.

Nach einer Pause nahmen die Mediatoren zunächst die Einwände von Frau Bugner auf. Sie erklärte, dass sie die begriffliche Änderung in „Methode“ statt „Variante“ befürworte, ihrer Auffassung nach gehe es darum, zuerst zu sichern und anschließend dann zu sanieren, das sei aus ihrer Sicht eine charmante Vorgehensweise und Lösung. Eine Festlegung ohne Berücksichtigung der jeweiligen speziellen Rahmenbedingungen vor Ort sei allerdings ihrer Meinung nach nicht möglich. Frau Dr. Ernst erklärte, dass sie mit dem Bestandteil „primär“ in der Primärsanierungsmethode noch ein Problem habe. Die Mediatoren fragten daraufhin nach, ob primär bedeute, dass die Methode immer gleich sei oder ob es bedeute, dass sie sich unterscheiden könne. Frau Kleimeier erläuterte, dass zur Zeit der ersten Lösungs Sondierungssitzungen im Jahr 2009 von den Beteiligten damals ein Plan eingefordert worden sei, in dem sämtliche Bäume eingezeichnet wären, damit man sehen könne, wo ggf. welche Lösung möglich sei bzw. welche Rahmenbedingungen jeweils wo herrschten. Herr Kessen erinnerte auch daran, dass in diesen ersten Lösungs Sondierungsgruppen unter den Beteiligten die Vision entstanden sei, sich für 90% des Kanals einigen zu können. Heute ginge es den Bürger/innen darum, Sicherheit zu erhalten, indem man sich für möglichst umfangreiche Bereiche festlege. Die Mediatoren fassten darüber hinaus zusammen, dass es darum gehe, für das weitere Vorgehen Sanierungsmethoden zu haben, die den Kriterien des Forums nicht widersprüchen. Bei einzelnen Abschnitten werde man dann noch mal genau hinsehen müssen.

Während Frau Dr. Ernst erklärte, dass man sich nicht auf eine Variante festlegen könne, plädierte Herr Dohna dafür, dass es zunächst darum ginge, Komplexität zu reduzieren und Varianten auszuschließen, von denen man jetzt schon mit Sicherheit sagen könne, dass sie nicht zur Anwendung kommen könnten. Es wurde deutlich, dass sich beide Anliegen nicht ausschließen müssten und würden.

Frau Bugner hielt fest, dass die reduzierte Auswahl dem Forum vorgestellt und zum Beschluss vorgelegt werden müsse. Die Mediatoren ergänzten, dass das Treffen dieser Auswahl auch mit Hilfe des Kriterienkatalog begründbar sein müsse.

Frau Bodenmeier fasste zusammen, dass ihrer Auffassung nach nun zuerst anstünde, die Anzahl der derzeit vorhandenen Varianten zu reduzieren; anschließend könne ein Prüfauftrag an die Arbeitsgruppe ergehen, die verbleibenden Varianten anhand des Kriterienkataloges zu prüfen. Sie fragte die Betei-

ligten, wie dann wohl mit etwaigen neuen Varianten – z.B. von Herrn Heier – verfahren werden solle. Herr Appel wandte dazu ein, dass er keine neuen Varianten erwarte, da sich im Rahmen der Planerbeauftragung dazu im vergangenen Jahr 2009 herausgestellt habe, dass das Spektrum der möglichen Varianten bzw. -methoden bereits auf dem Tisch liege und mit keiner Neuentwicklung zu rechnen sei.

Alle Beteiligten kamen darin überein, gemeinsam die vorhandenen Sanierungsmethoden anzusehen mit dem Ziel, unter Zuhilfenahme des verabschiedeten Kriterienkatalogs des Forums eine Reduzierung auf infrage kommende Varianten / Methoden zu erreichen.

Zuerst wurden die Varianten des Ingenieurbüros Plass von Nr.11 bis Nr.1 diskutiert.

Die Mediatoren wiesen im Verlauf der Diskussion immer wieder darauf hin, dass der Ausschluss einzelner Varianten / Methoden jeweils anhand Interessensammlung und Kriterienkatalog des Forums begründet werden müsse, damit sowohl für die Forumsteilnehmer/innen wie auch für außen stehende Dritte die jeweilige Entscheidung transparent und nachvollziehbar sein könne.

#### **Variante 11 (Zuschütten des Landwehrkanals)**

Die Variante wurde von den Teilnehmern/innen ausgeschlossen, da zentrale Interessen der Schifffahrt, des Denkmalschutzes und des Naturschutzes nicht gewahrt würden.

=> Variante 11 wurde ausgeschlossen.

#### **Variante 10**

Die Teilnehmer/innen kamen darin überein, dass diese Variante zentralen denkmalpflegerischen Interessen widerspräche, außerdem würden Bäume gefällt werden müssen. Insbesondere folgende Interessen aus der Interessensammlung des Forums würden nicht gewahrt:

- Erhalt und Sicherung des steinernen Erscheinungsbildes und der Linearität der Ufermauern
- Sicherung des ufernahen Baumbestandes
- Sicherheit für Kinder.

Herr Appel erklärte, die Ausführung dieser Methode könnte womöglich teilweise einmal infrage kommen, räumte aber zugleich ein, dass jetzt wohl schon hinreichend sichtbar sei, dass sie wohl zu vielen zentralen Interessen widersprechen würde und plädierte daher für den Ausschluss. Er erwarte auch, dass Herr Lingenauber, der heute leider nicht dabei sei, dieser Variante keinesfalls zustimmen könne. Die Mediatoren schlugen den Beteiligten in diesem Zusammenhang vor, sich vor einem endgültigen Ausschluss einer Variante / Methode jeweils gut zu überlegen, sie ganz auszuschließen oder dies ggf. noch nicht zu tun und sich somit die Option offenzuhalten, sie ggf. auch für mögliche kleine Abschnitte zu prüfen.

=> Variante 10 wurde ausgeschlossen.

Herr Heier äußerte seine Bedenken, ob es überhaupt möglich sei, eine Variante zu finden, die alle Interessen berücksichtige. Die Mediatoren erklärten, dass es darum ginge, den Kanal in seiner Gesamtheit zu betrachten. So sei beispielsweise vorstellbar, dass es Bereiche geben könne, die möglicherweise nicht allen Interessengruppen gleichermaßen wichtig sei. Ggf. könne vielleicht eine Interessenvertretung an einer Stelle, die ihr weniger wichtig wäre, einer Lösung zustimmen, die nicht alle ihre Interessen abdecke. An einer anderen Stelle wiederum, die für diese Gruppe eine sehr hohe Bedeutung habe, könnten vielleicht dann Vertreter/innen anderer Interessengruppen ein wenig von ihrer 100%-Lösung abweichen. So könnten alle jeweils dort, wo es gehe, einen Schritt aufeinander zu machen. Mit dieser Gesamtsicht könne auch gemeinsam über Gewichtungen von Aus- und Folgewirkungen möglicher Sanierungsmethoden gesprochen und verhandelt werden können.

Herr Heier erklärte, dass zum jetzigen Zeitpunkt für ihn beispielsweise nicht denkbar sei, sich auf eine Variante zu einigen, die zu 100% den Interessen des Denkmalschutzes entspreche. Da allerdings aus seiner Sicht keine der bisher bekannten Varianten optimal sei, versicherte Herr Heier, ergebnisoffen zu sein. Herr Appel begrüßte es, das so von Herrn Heier zu hören, da aus seiner Sicht das WSA auch im Interesse der Bürger/innen arbeiten solle.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass seit der Anlage des Landwehrkanals durch Lenné viel Zeit vergangen sei, in denen sich das Umfeld, die Nutzungen und die Anforderungen an den Kanal verändert hätten. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass aufgrund dieses Wandels der Landwehrkanal anpassungsfähig sei. Nun könnte ihrer Ansicht nach wieder einmal in der Geschichte des Kanals ein solcher zeitgemäßer Wandel anstehen – und diesmal würde es darum gehen, den Kanal an die zeitgemäßen Anforderungen des Erholungsnutzens anzupassen. Frau Kleimeier widersprach dieser Auffassung dahingehend, dass sich aufgrund der gemeinsamen Arbeit des Mediationsforums in den letzten zwei Jahren die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass es um den Erhalt des Erscheinungsbildes des Kanals gehe und dass die Bäume selbstverständlich dazugehören würden. Frau Bodenmeier ergänzte, dass die jetzt zu planende Sanierung des Kanals, die für die nächsten 80-100 Jahre ausgelegt werden solle, als Bezugsrahmen vom Istzustand ausgehe. Ziel sei es, das Erscheinungsbild des Kanals mit seinem Baumbestand zu erhalten. Darüber hinaus gehe es auch darum, auszuloten, was ggf. zusätzlich zu berücksichtigen sei, wie z.B. Radwege. Herr Appel bestärkte diese Auffassung; für ihn ginge es darum, die Regelbauweise instanzzusetzen bzw. zu sanieren, um das steinerne Erscheinungsbild des Landwehrkanals für alle, d.h. auch für die Schifffahrt zu erhalten.

Frau Voskamp erinnerte daran, dass die Diskussion, die die Beteiligten gerade führten, innerhalb des Mediationsverfahrens bereits geführt worden sei mit dem Ergebnis, dass die daraus abgeleiteten Interessen sich in der Interessensammlung des Forums wiederfänden. Sie zitierte diesbezüglich aus der Interessensammlung: Anerkennung der besonderen Bedeutung dieses Denkmals (Sicherung des kulturellen Erbes).

Die Mediatoren warben erneut dafür, für die Prüfung der Sanierungsmethoden konsequent die mit dem Forum entwickelten Instrumente Interessensammlung und Kriterienkatalog zu nutzen.

Herr Kessen erklärte, dass zahlreichen Interessen und Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Dass das gut funktioniere, könne man z.B. daran erkennen, dass, obwohl Herr Lingenauber gar nicht da sei, trotzdem seine Interessen durch die Teilnehmer/innen vertreten würden. Aufgrund der aufkommenden Kritik und dem Bedauern seiner Abwesenheit, wies Frau Voskamp darauf hin, dass Herr Lingenauber als einziger der Eingeladenen, die heute nicht gekommen seien, explizit abgesagt habe und dass er sich regelmäßig zuverlässig jeweils bezüglich seiner Teilnahme oder Nichtteilnahme bei den Mediatoren zurückmelde.

Die Mediatoren erläuterten weiterhin, dass die Entscheidungen, die jetzt von der Arbeitsgruppe getroffen würden, einerseits dem Forum als Empfehlung und Beschlussvorlage vorgelegt werden müssten, und andererseits auch eine Art „Stammtischtauglichkeit“ haben müssten; d.h. sie müssten für außerhalb der Mediation stehende Dritte nachvollziehbar sein. Herr Appel ergänzte den Begriff der „Stammtischtauglichkeit“ um „Admiralsbrückentauglichkeit“.

### **Variante 9 (Einengung der Fahrrinne)**

Herr Lehmann erklärte, dass die Interessenvertreter der Schifffahrt dieser Variante nicht zustimmen könnten.

Herr Appel führte aus, dass die gemäß der Zeichnung erforderlichen Erdnägel voraussichtlich das Wurzelwerk der Bäume beschädigen könnten. Dieses Argument zum Anlass nehmend, schlug Frau Kleimeier vor, gleich alle Varianten, bei denen Erdnägel verwendet werden sollen, auszuschließen. Herr Appel wandte ein, dass Ausnahmefälle denkbar seien, in denen ggf. eine Variante mit Erdnägeln infrage kommen könnte. Frau Kleimeier fragte daraufhin die Beteiligten, ob diese Variante ernsthaft im Kreise

möglicher Methoden verbleiben sollte, da ihrer Meinung nach die Fahrgastschiffahrt aufgrund der schrägen Wände unter Wasser nicht fahren könnte im Landwehrkanal. Herr Heier räumte ein, dass die Variante erhebliche Nachteile aufweise, dennoch interessante Ansätze böte, wenn man beispielsweise die Erdnägel weglassen und eine Schüttung einbringen würde – dies könne er sich z.B. auch als temporäre Lösung vorstellen. Herr Kessen fragte daraufhin nochmals Herrn Lehmann, ob er sich aus Sicht der Schiffahrt eine oder mehrere Stellen im Landwehrkanal vorstellen könne, wo diese Lösung akzeptiert und realisiert werden könne. Herr Lehmann antwortete, dass diese Variante durchaus an Stellen denkbar sei, wo die Fahrrinne breit genug sei. Allerdings halte er dies auch eher für eine temporäre als für eine dauerhafte Möglichkeit wegen der Schräge der Schüttung unter Wasser.

Herr Kessen schlug daraufhin vor, die Variante 9 noch nicht völlig auszuschließen, auch wenn sie wahrscheinlich nur für sehr eingeschränkte Bereiche als Option und innerhalb noch zu bestimmender Rahmenbedingungen denkbar wäre. Herr Heier ergänzte seine Befürchtung, dass die Erdnägel nicht nur die Wurzeln der Bäume, sondern möglicherweise auch die Leitungen der Medienträger beschädigen könnten. Er habe noch nicht statisch prüfen können, ob die Variante auch ohne Erdnägel auskommen könne – wenn dies der Fall wäre, halte er sie für weiterentwicklungsfähig.

Die Mediatoren fassten zusammen: die Sanierungsvariante 9 solle im Falle ihres Einsatzes für eine dauerhafte Lösung dienen und nicht nur temporär, sie komme nur an Stellen in Frage, die breit genug für die Fahrgastschiffahrt seien, und sie sei nur stellenweise denkbar.

=> Variante 9 bleibt mit Einschränkungen in der Auswahl, d.h. soll anhand des Kriterienkataloges von allen geprüft werden.

### **Variante 8**

Bei dieser Variante / Methode sahen die Teilnehmer/innen insbesondere folgende Interessen nicht berücksichtigt:

- Sicherung des Denkmalsbildes
- Sicherung des Landschaftsbildes
- Sicherung des ufernahen Baumbestandes
- Sicherung des Naturerfahrungsraumes

Diese Variante sei nicht einmal für einen Notfall geeignet, stellten die Teilnehmer/innen einvernehmlich fest.

=> Variante 8 wurde ausgeschlossen.

### **Variante 7**

Bei dieser Variante / Methode sahen die Teilnehmer/innen insbesondere folgende Interessen nicht berücksichtigt:

- Sicherung des Denkmalsbildes
- Sicherung des Landschaftsbildes

Die Teilnehmer/innen stimmten darin überein, dass die gleichen Gründe, die gegen Variante 8 gesprochen hätten, auch für diese Variante gelten würden. Auch für einen möglichen punktuellen Einsatz sollte Variante 7 ihrer Meinung nach ausgeschlossen werden.

=> Variante 7 wurde ausgeschlossen.

### **Variante 6**

In der Diskussion zeichnete sich ab, dass die Teilnehmer/innen bei Ausführung von Variante 6 einen sehr hohen Aufwand, insbesondere auch an Kosten befürchteten. Zudem wandten Teilnehmer/innen ein, dass sie den Kanalquerschnitt vermindern würde und die Bäume gefährde.

Herr Kessen warnte davor, Varianten sehr schnell und einfach so auszuschließen. Er erinnerte erneut an die Zuhilfenahme des Kriterienkatalogs, der dazu da sei, alle Kriterien im Blick zu behalten, die Aus- und Folgewirkungen einer jeweiligen Variante anhand dessen abzuschätzen und zu beschreiben. An-

---

schließlich könne Bewertung und Gewichtung vorgenommen werden. Im Kriterienkatalog seien auch die Kosten als Kriterium aufgeführt.

Herr Heier erläuterte, dass die Variante bautechnisch machbar sei. Frau Kleimeier erklärte, dass es sich bei der dargestellten Methode um eine ebenso erforderliche Wasserhaltung für die Bauphase handeln würde, wie bei ihrer vorgestellten Variante 1. Bei ihr wurde diese Wasserhaltung vom Büro GuD als machbar, allerdings als sehr kritisch, bzw. sehr aufwendig beurteilt. Inzwischen habe sich gezeigt, dass eine eingebrachte Spundwand nicht wieder gezogen werden könne. So würde die hier eingebrachte Arbeitsspundwand im Sohlbereich abgetrennt werden, der Rest verbliebe im Erdreich. Damit würden zwei so dicht beieinanderstehende Stahlspundwände den Grundwasserfluss behindern. Dadurch wären Schäden bei den angrenzenden Häusern und hohe Regressforderungen befürchtet. Mit dem Abbau der über Wasser liegenden Natursteinquaderwand würde der Böschung die Stabilität genommen. Es werde befürchtet, dass damit die Bäume tatsächlich umstürzen und die Böschung abrutschen würde. Sie halte diese Lösung daher allein schon aus dem Arbeitssicherheitsaspekt für die Bauarbeiter und wegen der Anforderungen gemäß Baustellenverordnung für nicht durchführbar. Bei dieser Lösung wäre ihrer Meinung nach eine Sicherungsspundwand im Böschungsbereich erforderlich - damit wären man aus ihrer Sicht wieder ganz am Anfang, nämlich dass doch alle Bäume weg müssten.

Herr Dohna wandte zusätzlich ein, dass bei Durchführung dieser Variante das Denkmal verschwunden sei - Das Original wäre verloren, befürchte er.

Frau Voskamp verwies auf mehrere Punkte in der Interessensammlung, u.a. auf:

- Gleichberechtigte Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Schifffahrt bei der Optimierung ökologischer Maßnahmen unter der Wasseroberfläche.

Herr Heier appellierte dafür, nicht zu früh zu viele Variante auszuschließen, da der Pool der Möglichkeiten hilfreich sein könnte, bei den anstehenden Planungen und Baumaßnahmen jeweils verschiedene Bauweisen zu testen und jedes Mal dazuzulernen. Sie alle hätten die Chance, dazuzulernen und die Gruppe müsse heute nicht zu der einen richtigen Lösung kommen.

=> Variante 6 soll anhand des Kriterienkataloges von allen geprüft werden.

#### **Variante 5**

Herr Heier schlug vor, die Variante anhand des Kriterienkatalogs zu prüfen; die Teilnehmer/innen befürworteten dies.

=> Variante 5 soll anhand des Kriterienkataloges von allen geprüft werden.

Herr Kessen bekräftigte nochmals, dass im Zweifelsfalle die jeweilige Variante geprüft werde solle, damit man dann anhand des Kriterienkatalogs begründet entscheiden könne. Die Teilnehmer/innen brauchten nicht die Sorge zu haben, dass eine Variante zur Ausführung kommen könne, die zentralen Interessen der Beteiligten zuwider laufe. Niemand brauche auf eine Bauchentscheidung zu vertrauen, da ein sorgfältig ausgearbeiteter Kriterienkatalog vorläge, der genutzt werden solle. Die Entscheidungen würden jeweils gemeinsam im Forum getroffen.

#### **Variante 4**

Herr Appel erklärte, dass dies früher die Vorzugsvariante der BI/des Vereins gewesen sei. Inzwischen hätten BI/Verein allerdings die Erkenntnis gewonnen, dass damit die Bäume fallen würden: Um durch die Fundamentkörper Spundwände einzubauen zu können, erläuterte Frau Kleimeier, werde großes Baugerät benötigt, zu dessen Einsatz alle Bäume gefällt werden müssten. Herr Heier bestätigte diese Sichtweise und fügte hinzu, dass diese Variante auf den ersten Blick tatsächlich bestechend sei; bei näherem Hinsehen weise sie allerdings erhebliche bautechnische Probleme im Ablauf auf. Er befürchte, sie sei kaum zu realisieren. Da wohl tatsächlich die jeweiligen Bäume in den Baubereichen fallen müssten, wurde einvernehmlich beschlossen, diese Variante auszuschließen.

=> Variante 4 wurde ausgeschlossen.

### Variante 3

Frau Kleimeier erläuterte, dass sich diese Variante aufgrund der zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse überholt hätte. Herr Heier gab zu bedenken, dass die Variante eventuell in einer modifizierten Form weiter entwickelt und dann womöglich durchaus interessant sein könnte. Er wolle die dieser Variante innewohnende Möglichkeit der Injektion als Verfahren noch nicht verwerfen. Frau Kleimeier erläuterte, dass das ihre allererste Idee gewesen sei, der damalige Amtsleiter Herr Brockelmann aber 2007 schon gesagt habe, dass dies nicht machbar sei. Der Gleitkreis gebe dies nicht her und damit sei die Variante statisch nicht nachweisbar. Herr Dohna ergänzte, dass er zudem eine Instandsetzung in Höhe der Wasserlinie für wohl nicht dauerhaft halte. Als Herr Heier erneut darauf hinwies, dass er sich von der Lösung mit Injektion zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verabschieden wolle, erklärte Frau Kleimeier, dass er, wenn er das weiter prüfen und modifizieren würde, bei der Variante „Kleimeier“ landen würde. Die Teilnehmer/innen kamen darin überein, die Variante 3 bzw. eine Modifikation dann zu prüfen, wenn Herr Heier neue Erkenntnisse gewonnen hätte.

=> Variante 3 bzw. ihre Modifikation kann ggf. anhand des Kriterienkataloges von Herrn Heier bzw. von allen geprüft werden, wenn neue Erkenntnisse zur Lösung mit Injektion vorliegen würden.

### Variante 2

Diese Variante wurde einvernehmlich ausgeschlossen, da ein hierfür notwendiges schräges Einbringen von Spundwänden technisch nicht möglich sei. Die Teilnehmer/innen verwiesen auf bereits bestehende Erkenntnisse.

=> Variante 2 wurde ausgeschlossen.

### Variante 1

Bei Realisierung von Variante 1 befürchteten die Teilnehmer/innen, dass eine Art Weg auf halber Höhe der Uferwand entstehen würde. Aufgrund der erwarteten Nutzung eines solchen Angebots würde die sich ergebende Lautstärke und die damit einhergehende Einschränkung der Lebensqualität der Anwohner/innen mit großer Sorge gesehen. Eine ggf. zu verfolgende Weiterentwicklung der Variante 1 durch Weglassen des begehbaren „Deckels“ ergäbe die Variante 1a = Teststrecke.

Die Variante wäre ggf. denkbar in nicht bewohnten Bereichen. Frau Kleimeier plädierte allerdings dafür, die Variante aufgrund der beschriebenen Nachteile sogleich auszuschließen. Die Mediatoren wiesen erneut darauf hin, dass auch hier der beste Weg sei, den Kriterienkatalog zugunsten einer ausgewogenen Betrachtung auszufüllen und anhand der Interessensammlung das Ergebnis zu überprüfen. Herr Dohna ahnte, dass die Variante möglicherweise nicht im Konsens auszuschließen sei, und plädierte dafür, dass man diese ggf. an einigen Stellen akzeptieren könne, denn auch andere Interessengruppen würden an einigen Stellen Zugeständnisse machen müssen.

=> Variante 1 soll anhand des Kriterienkataloges von allen geprüft werden.

Die Teilnehmer/innen stellten fest, dass nicht alle bisher bekannten Varianten im Raum aufgehängt worden seien. Frau Dr. Ernst wies darauf hin, dass die Prüfung der Varianten anhand der Zeichnungen nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und bat um Verständnis, dass sie daher darauf nicht vorbereitet gewesen sein konnten. Sie schlug vor, die Variante 1a (1 ohne „Deckel“), sowie diejenige Variante, bei der die Spundwand unter Wasser sei (Teststrecke) und auch die Variante „Kleimeier“ mit in den Prüfauftrag anhand des Kriterienkatalogs mit aufzunehmen. Die Teilnehmer/innen begrüßten diesen Vorschlag.

=> Variante 1a (1 ohne „Deckel“) = Teststrecke, sowie diejenige Variante, bei der die Spundwand unter Wasser sei und auch die Variante „Kleimeier“ sollen anhand des Kriterienkataloges von allen geprüft werden.

### Weiteres Vorgehen

Die Mediatoren sammelten folgende Fragen aus dem Kreis der Teilnehmer/innen, um sie gemeinsam abzustimmen:

- Wann werden Oberflächenwasserabfluss- und Grundwasserströmungsmodell voraussichtlich fertig sein?
- Wie soll es insgesamt weiter gehen?
- Wann wird eine nächste Sitzung stattfinden, um diese Dinge zu besprechen?
- Was sind unumgängliche Vorberechnungen?

Herr Heier informierte, dass der Test im Zuge der Erstellung von Oberflächenwasserabfluss- und Grundwasserströmungsmodell, in dem u.a. auch eine Welle erzeugt werden solle, nach Ostern 2010 stattfinden solle.

Frau Kleimeier informierte die Teilnehmer/innen und die Mediatoren, dass für Anfang Juni 2010 von BI und Anwohner/innen eine öffentliche Veranstaltung geplant werde.

Sie führte darüber hinaus aus, dass es ihr Anliegen sei, in dieser öffentlichen Veranstaltung u.a. darüber zu informieren, welche Variante ausgeführt werden würde und wie geplant sei, weiter vorzugehen.

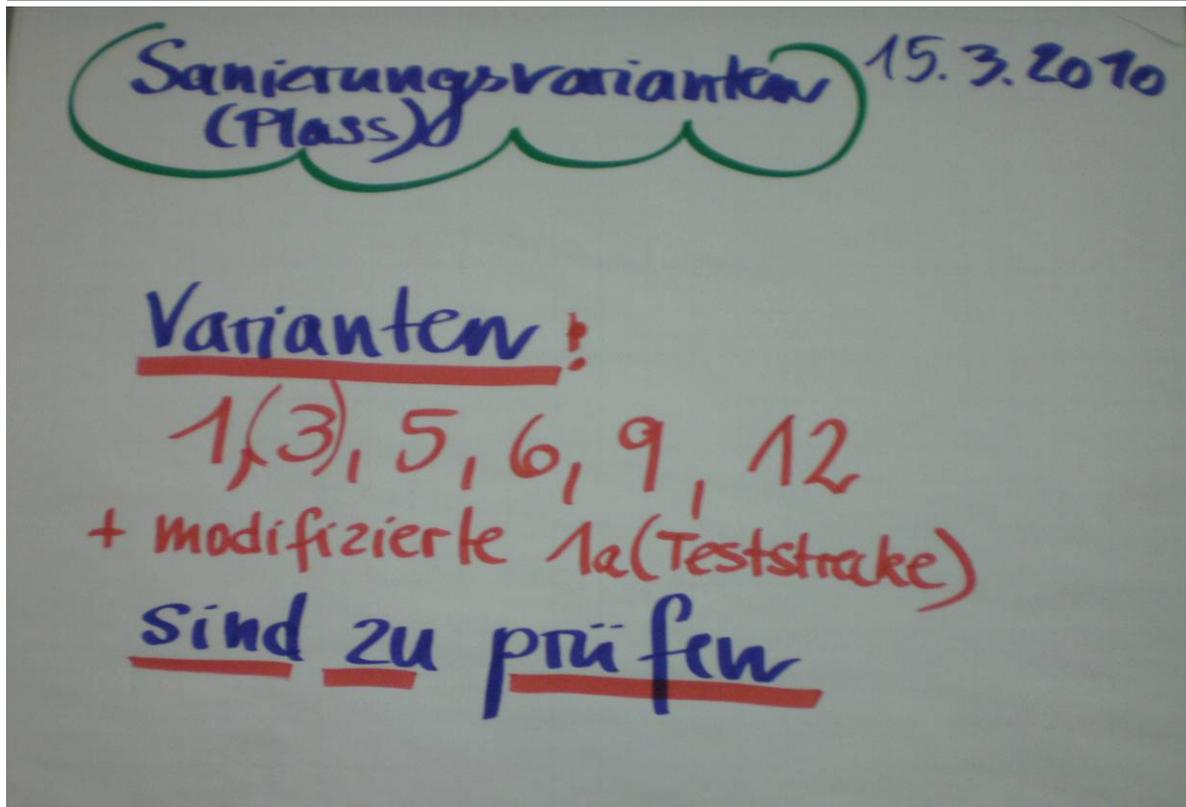
Herr Dohna ergänzte, dass es wichtig sei, der betroffenen und interessierten Öffentlichkeit gegenüber zu signalisieren, was am Landwehrkanal passiere. Die Themen, die den Bürger/innen wichtig seien, dürften nicht geparkt werden bzw. dies dürfe auch nicht so wahrgenommen werden. Er berichtete, dass sie als im Mediationsverfahren beteiligte Bürger/innen ein Kommunikationsproblem nach außen hätten, da es für viele den Anschein habe, dass auf dem Kanal nichts oder zu wenig bzw. zu langsam etwas passiere.

Herr Kessen erklärte, dass der nächste Schritt darin bestünde, dass alle Forumsteilnehmer/innen den Kriterienkatalog – und zwar insbesondere in Bezug auf jene Bereiche, in denen sie jeweils Fachleute seien - ausfüllten.

Die Mediatoren fassten weiterhin zusammen:

- Der Katalog sei umfangreich, biete aber die Gewähr, dass nun keine Bauchentscheidungen mehr getroffen werden müssten;
- von den Plass-Varianten seien in der heutigen Sitzung – vorbehaltlich der Bestätigung durch das Forum – einige ausgeschieden,
- außer den noch in der Auswahl befindlichen Plass-Varianten seien die Varianten 1a (1 ohne „Deckel“) und die Variante „Kleimeier“ anhand des Kriterienkatalogs zu prüfen;
- in der Tagesordnung für die heutige Sitzung habe es weitere Punkte gegeben, über die noch nicht gesprochen worden sei;
- die BAW erstelle für das WSA Berlin derzeit ein Oberflächenwasserabfluss- und Grundwasserströmungsmodell, um weitere wichtige Erkenntnisse zu erlangen;
- das WSA treffe alle notwendigen Vorbereitungen, dass das Baumkataster beauftragt werde;
- die Arbeitsgruppe Landwehrkanal werde eine Planunterlage erstellen, aus der die Lage der Bäume am Landwehrkanal erkennbar sein werde.

Die Auswahl der Varianten, die noch zu prüfen seien wurde gemeinsam am Flipchart festgehalten.



Die Mediatoren fassten außerdem zusammen, dass es allen Beteiligten darum ginge, möglichst schnell voran zu kommen. Die Teilnehmer/innen hätten sich darauf geeinigt, dem Forum vorzuschlagen, dass alle so gut sie können, für die verbleibenden Varianten den Kriterienkatalog ausfüllen sollten. Die Arbeit könne nicht allein das WSA leisten, sondern jede Interessengruppe solle sich dort einbringen, wo sie sich als Experten sehen. Ganz wichtig sei, dass es noch nicht darum gehe, Bewertungen vorzunehmen, sondern um eine Darstellung der Auswirkungen einer Variante auf die jeweils im Kriterienkatalog genannten Indikatoren, insbesondere anhand verbaler Beschreibungen. An verschiedenen Stellen könne es sein, dass es keine Auswirkungen gäbe, dann sollte dies so im Kriterienkatalog vermerkt werden: „keine Auswirkungen“. Die Mediatoren sagten zu, den Kriterienkatalog für die verschiedenen Varianten so als offene Datei zu verschicken, dass er ausfüllbar ist. Die Teilnehmer einigten sich darauf, dass als Zeitrahmen für das Ausfüllen etwa von 4 Wochen auszugehen sein sollte.

Die Mediatoren schlugen vor, das Vorhaben einer öffentlichen Veranstaltung in die nächste Forumssitzung im Mai 2010 einzubringen.

### **Verabschiedung**

Um 21.45 wurde die Sitzung beendet. Die Mediatoren bedankten sich bei den Teilnehmer/innen und wünschten allen einen guten Heimweg.